



Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I.13 Opferschutz stärken – Opferentschädigung auch beim Einsatz von Kraftfahrzeugen als „Waffe“

Berichterstattung: Hamburg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass es in jüngster Vergangenheit wiederholt zu terroristisch oder anderweitig motivierten Angriffen auf Menschenansammlungen mit Kraftfahrzeugen gekommen ist. Sie sind sich einig, dass auch für die Opfer dieser Taten neben effektiven Hilfe- und Unterstützungsangeboten eine rechtssichere und der Höhe nach angemessene Entschädigung gewährleistet sein muss.
2. Vor diesem Hintergrund haben sich die Justizministerinnen und Justizminister mit den im Abschlussbericht des Bundesbeauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz ausgesprochenen Empfehlungen zur Verbesserung der Opferentschädigung befasst.



89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Arbeits- und Sozialministerkonferenz auf eine Prüfung hinzuwirken, ob und inwieweit diese Empfehlungen des Bundesopferbeauftragten zur Verbesserung der Opferentschädigung zeitnah umgesetzt werden können.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen